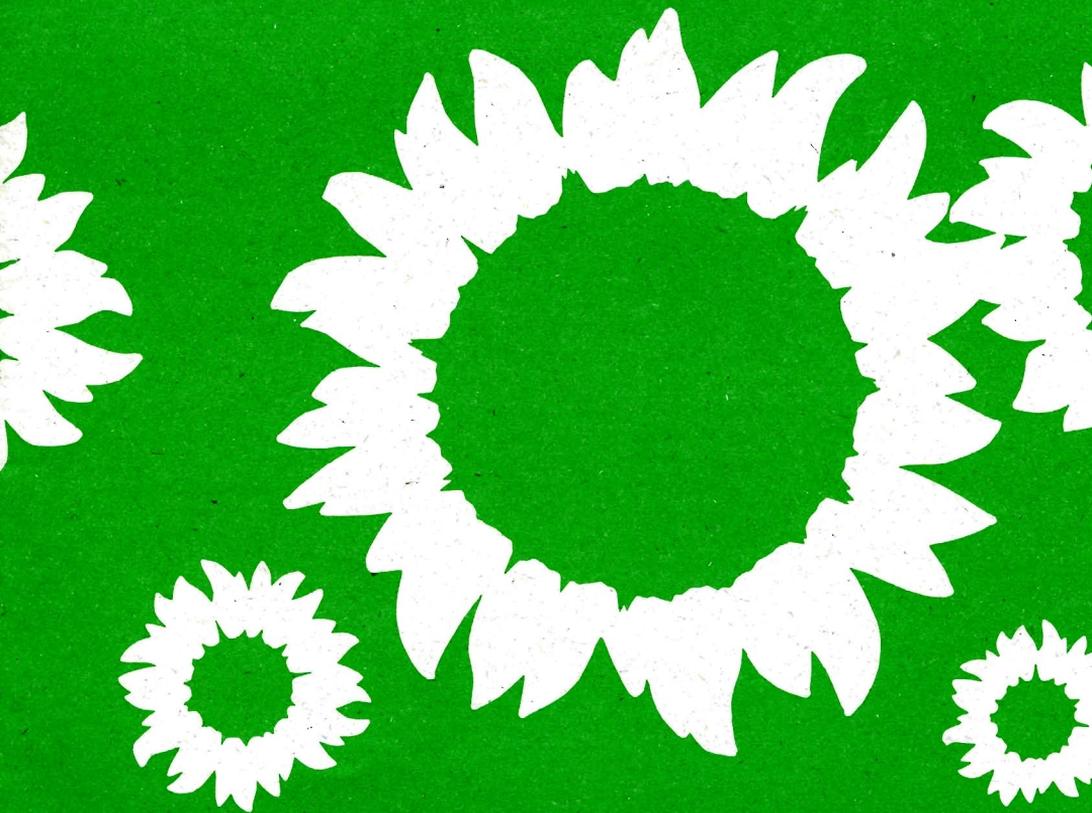


DIE GRÜNEN

ALTERNATIVE
FÜR EUROPA



DAS PROGRAMM DER SONSTIGEN POLITISCHEN VEREINIGUNG „DIE GRÜNEN“

Die neue Europapolitik muß eine Gesamtpolitik sein, die von langfristigen Zukunftsaspekten geleitet wird und vier Dimensionen umfaßt: Sie muß ökologisch*, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei orientiert sein; denn Europa ist heute bedroht durch die ökologische und ökonomische Krise, durch eine militärische Katastrophe und durch einen ständigen Abbau der Demokratie und der Grundrechte.

* Unter Ökologie wird die Lehre vom Haushalt der Natur verstanden; besser: das Zusammenwirken der Lebewesen untereinander und mit der Umwelt.

Die wichtigste Aufgabe der Europäer in diesem kleinsten und dicht besiedelten Kontinent ist die Bewahrung der ökologischen Lebensbasis für den Menschen und für die Tier- und Pflanzenwelt. Die Natur ist hier besonders gefährdet.

Darum kann Europa nicht bei der Wirtschaftsgemeinschaft stehen bleiben, die alle Fragen unter ökonomischen Gesichtspunkten behandelt. Die Zukunft Europas wird nicht mehr von der Ökonomie, sondern von der Ökologie bestimmt werden.

Wir beteiligen uns an der Europawahl, um einer weiteren Zentralisierung der Entscheidungsgremien entgegenzuwirken und die Entscheidungen wieder in den Bereich des Bürgers zu rücken. Wir wollen deshalb ein Europa der Regionen, das aus überschaubaren Selbstverwaltungsräumen zusammengesetzt ist.

Das sogenannte „wirtschaftliche Wachstum“, mit dem man bisher alle Probleme lösen wollte, steht am Ende seiner Möglichkeiten. Es stößt auf drei harte Grenzen:

- auf die begrenzte natürliche Umwelt (Boden, Wasser, Luft);
- auf die nahezu vollständige Abhängigkeit von den Bodenschätzen anderer Kontinente, also auf die begrenzte Welt;
- auf die des materiellen Konsums, dessen quantitative Steigerung in Europa sinnlos und schädlich geworden ist, also auf die Grenzen des Menschen.

Die Energievorräte sind knapp und werden immer knapper werden. Erdöl, Erdgas und ebenso die Uranvorräte der Erde werden in einigen Jahrzehnten zu Ende gehen. Die Leichtwasserreaktoren mit ihrem Müll und die Plutoniumbrüter bringen – wenn sie sich überhaupt als technisch und wirtschaftlich durchführbar erweisen – eine ungeheure, in diesem Ausmaß nie dagewesene Gefährdung allen Lebens und in einer freien Gesellschaft unlösbare Sicherheitsrisiken mit sich. Andererseits wird der größte Anteil der Umweltbelastung durch Produktion, Transport, Umwandlung und Verbrauch der fossilen Energieträger verursacht.

Deshalb heißt der wirksamste Umweltschutz:

- Weniger Energie verbrauchen und umweltschonende Energie gebrauchen
- Stop der Verschwendung und Überwindung der zerstörerischen Wegwerfmentalität. Eine auf das Doppelte verlängerte Nutzungsdauer der Gebrauchsgüter würde den Rohstoffverbrauch und die Abfälle auf fast die Hälfte reduzieren und die Umweltbelastung sowie den Energieverbrauch ebenso vermindern.

Diese Umkehr erfordert neue und dezentralisierte Technologien. Nur dies kann unter „qualitativem Wachstum“ verstanden werden:

1. Betätigungen des Menschen, die weder mehr Rohstoffe noch mehr Energie verzehren oder die Umwelt schädigen, also alles, was mit der Körper- oder Geisteskraft des Menschen erreicht werden kann.
2. Materielle Produktionsergebnisse, die mit geringerem Grundstoffverbrauch und mit weniger Umweltbelastung den gleichen Nutzen erzielen.

Um diese Ziele zu erreichen, sind umfassende Wandlungen in der Einstellung des Menschen zu seinem Leben und zur Umwelt sowie Änderungen der Wirtschaft und der Gesellschaft nötig. Diesen nie zu Ende kommenden Wandel nennen wir „dynamische Gleichgewichtswirtschaft“. Aber selbst dann, wenn diese Umstellungen schnell und erfolgreich verlaufen, wird die Abhängigkeit Europas von Zufuhren aus aller Welt bestehen bleiben. Die Kardinalfrage wird sein, ob die EG ihre Versorgung durch eine gemeinsame Politik sichern will oder ob die einzelnen Staaten in der übrigen Welt als Konkurrenten auftreten werden. Da die Entwicklung in die Knappheit unausweichlich ist, wäre es schon heute klüger, den Entwicklungsländern bessere Preise zu bieten. Dies würde die Kooperation Europas mit der 3. Welt verbessern. Damit wird eine neue ökonomische Kalkulation erforderlich: Der bisherige Grundsatz, Arbeitskräfte durch Energie und Maschinen zu ersetzen, weil diese billig sind, wird sich umkehren: Energie und Rohstoffe werden sparsam verwendet und vielerorts durch sinnvolle menschliche Arbeit ersetzt werden müssen.

Das neue Europa wird nur Wirklichkeit werden, wenn die Wertvorstellungen der Europäer von der Überschätzung des Lebensstandards und der quantitativen materiellen Eingleisigkeit befreit werden. Die geistige und seelische Selbstverwirklichung des Menschen hat entscheidende Bedeutung. Die „Ausbildung“ des Menschen für ökonomische Zwecke muß in eine Bildung umgewandelt werden, die zur eigenen Lebensgestaltung befähigt.

Das neue Europa muß demokratisch sein und die Rechte der Menschen ausbauen und festigen! Denn nur, wenn es gelingt, die Anliegen des Bürgers und die Rechte der Menschen von unten nach oben durchzusetzen, werden die Staaten und Staatengemeinschaften beweglich genug sein, sich den veränderten Bedingungen von Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft und den Erkenntnissen der Wissenschaft anzupassen. Die Grund- und Menschenrechte sind in Gefahr. Überall in Europa erleben wir derzeit, daß die zunehmenden Schwierigkeiten im wirtschaftlichen Bereich zum Abbau von Demokratie und Grundrechten verleiten. Die Folge ist die Zunahme von Gewalt. Aus unserer Leidenschaft für Demokratie und Grundrechte und um ihrer gewaltlosen Verwirklichung willen ist unser Einsatz dafür ebenso wichtig wie der für die Erhaltung allen Lebens!

Da wir die Ausbeutung der Natur durch den Menschen ablehnen, lehnen wir auch die Vernichtung des Menschen durch den Menschen ab.

Wir GRÜNEN verstehen uns als Alternative zu den herkömmlichen Parteien, wobei der Farbname GRÜN für Leben, Zukunft und Hoffnung steht. Wir sind uns bewußt, daß wir mit dem vorliegenden Programm nur Schwerpunkte setzen können, die in fortwährender Diskussion unter uns und mit den Bürgern weiterentwickelt werden müssen.

Wir GRÜNEN treten ein für eine ökologisch angepaßte, dynamische Kreislaufwirtschaft, deren oberste Ziele Umweltsicherung, Geldwertstabilisierung und die Sicherung menschenwürdiger Arbeitsplätze sind. Diese Kreislaufwirtschaft muß auf demokratische Weise vom Bürger für den Bürger gestaltet werden.

WIRTSCHAFT IM DIENST DES MENSCHEN

1. MASSNAHMEN FÜR EINE ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFT

Die Investitionen in der Wirtschaft müssen darauf gerichtet sein, nicht Arbeitskräfte, sondern Energie und Rohstoffe einzusparen.

Die Wirtschaft ist auszurichten auf:

- die Verarbeitung regenerierbarer Naturprodukte,
- die Erstellung dauerhafter, reparaturfähiger Güter,
- die Wiederverwendung verbrauchter Waren und Abfälle,
- die Rückführung der organischen Abfälle in den Naturkreislauf.

Durch den Ausbau der Dienstleistungen, der kulturellen Aufgaben, der dezentralen Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten entsteht eine organisch aufgebaute, ökologische und krisensichere Wirtschaft. Die Finanzpolitik der Staaten und der Zentralbanken insbesondere bei der Kreditvergabe ist auf diese Ziele und solche der Energie- und Rohstoffersparnis auszurichten.

Das Europaparlament hat in diesem Sinne die Koordination im europäischen und internationalen Raum herbeizuführen. Die Besteuerung der Arbeit (Lohnsteuer) ist zu vermindern zugunsten einer Energie- und Rohstoffsteuer.

Neben der Finanzbuchhaltung muß eine gleichwertige „ökologische Buchhaltung“ in den Betrieben eingeführt werden. Dadurch ist sichergestellt, daß die von einzelnen Unternehmen ausgehenden Umweltbelastungen bewertet werden können. Produktionen mit unverhältnismäßig hoher Umweltbelastung müssen eingedämmt und ausgeschaltet werden.

2. MASSNAHMEN FÜR EINE SOZIALE WIRTSCHAFT

Da die materielle Versorgung, insgesamt gesehen, einen hohen Stand erreicht hat, steht nun die Frage des sozialen Ausgleichs im Vordergrund.

In unserer Gesellschaft sind zahlreiche soziale Aufgaben nicht befriedigend gelöst. Außer dem Umweltschutz und der Erzeugung gesunder Nahrungsmittel sind das:

Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen, Betreuung von Alten und Kranken. Auf diesen Gebieten können gleichzeitig qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Ziel einer neuen Beschäftigungspolitik muß es sein, den einzelnen zu entlasten und die Arbeit gerechter auf alle zu verteilen. Das bedeutet:

- Abbau von Akkord- und Fließbandarbeit und anderer Formen des Leistungsdruckes
- Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch längere Ausbildung und flexible Altersgrenze
- Verlängerung des bezahlten Urlaubs und die Möglichkeit unbezahlten Urlaubs
- Verkürzung der Wochenarbeitszeit
- Verlängerung des Mutterschutzes, Einführung eines Babyjahres
- Mehr Teilzeitbeschäftigung für Mann und Frau
- Abbau der wachstumstreibenden Kräfte durch eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Entwicklung der Unternehmen.

Das Europaparlament sollte die Koordination solcher Maßnahmen im europäischen Raum betreiben, um Wettbewerbsverzerrungen und Kapitalflucht in Billiglöhnländer notfalls durch Gesetze zu verhindern.

3. MASSNAHMEN FÜR EINE REGIONAL GEGLIEDERTE, DEMOKRATISCH GESTEUERTE WIRTSCHAFT

Statt eine planlose Industrialisierung der Regionen voranzutreiben, muß eine regional-spezifische Mischwirtschaft entwickelt werden:

Ökologische Land- und Forstwirtschaft, Weiterverarbeitung der Produkte, dezentrale Energieversorgung, dezentrale Produktion mit mittleren, „sanften“ Technologien.

Ein Programm für die einzelnen Zweige und Regionen der Industrie und Wirtschaft ist zu entwickeln. Dies bedeutet eine Rückübertragung von Machtbefugnissen sowie eine Neuverteilung der Steuern von der nationalen auf die regionalen und lokalen Ebenen. Regionale und lokale Rohstoff- und Nahrungsreserven sind anzulegen, um Versorgungsschwierigkeiten und Preisschwankungen ausgleichen zu können. Den Unternehmen sind dafür steuerliche Vergünstigungen einzuräumen.

Die multinationalen Konzerne müssen demokratisch kontrolliert werden, weil sie sonst aufgrund ihrer Macht die Staaten kontrollieren. Auf EG-Ebene sollte diese Kontrolle einem Ausschuß des Europaparlaments übertragen werden, der dazu Vertreter des Wirtschaftslebens hinzuzieht: Unternehmer, Arbeitnehmer, Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen.

Langfristiges Ziel ist es, Großkonzerne zu entflechten, damit überschaubare, demokratisch geführte Betriebe entstehen.

4. MASSNAHMEN FÜR WÄHRUNGSPOLITIK UND STEUERWESEN

Eine europäische Währung muß sich an Sachwerten orientieren und ihren Wechselkurs von den vorhandenen Waren und Dienstleistungen ableiten. Wert- und Wechselkurs einer Währung darf nicht das Ergebnis von Börsenspekulationen sein. Die degressive Abschreibung (als Wachstumsanreiz) ist abzuschaffen. Das Steuerwesen in Europa ist radikal zu vereinfachen und zu vereinheitlichen. Die Höhe der Steuern ist regional in Grenzen variabel.

5. ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN PARTNERSCHAFT MIT VÖLKERN DER 3. WELT

Entwicklungshilfe im Sinne der Entwicklungsländer kann nicht darin bestehen, hochtechnisierte und durchrationalisierte Industrien in die Billiglohnländer zu verlegen. Das ist keine Hilfe, sondern die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte. Das Europaparlament sollte für die Koordination der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den verschiedenen Regionen und Staaten sorgen, um

- die möglichst eigenständige Ernährung und Beschäftigung der Bevölkerung zu sichern,
- mittlere und für die Umwelt unschädliche Technologien einzuführen,
- die schrittweise Unabhängigkeit von finanziellen und technischen Hilfen zu erreichen,
- die Ausbildung zu fördern, damit die Bevölkerung ihre gesellschaftlichen, technischen, ökologischen und ökonomischen Probleme selbst lösen kann.

6. ZIELE DER VERKEHRSPOLITIK

Eine gesamteuropäische ökologische Verkehrsplanung muß ein den Mobilitäts- und Transportbedürfnissen angemessenes, umweltfreundliches, energiesparsames und sicheres Verkehrssystem schaffen, bei dem Kosten und Tarife unter Berücksichtigung der Folgeschäden nach dem Verursacherprinzip berechnet werden. Darum bevorzugen wir die Schiene statt der Straße.

Unsere Forderungen sind:

- Stop dem Straßenbauvandalismus. In Anbetracht der noch in diesem Jahrhundert zu erwartenden Verknappung der Mineralölreserven und der enormen Verteuerung der Treibstoffe ist in den nächsten Jahrzehnten mit einer starken Einschränkung des Individualverkehrs zu rechnen. Das bestehende Straßennetz ist dann mehr als ausreichend. Straßenbauten haben sich auf die notwendige Lückenschließung des bestehenden Autobahn- und Fernschnellstraßennetzes zu beschränken.
- Modernisierung und Ausbau des Schienennetzes
- Verbesserung des Angebotes der Eisenbahn für Container-Transporte, Huckepack-Verkehr von Lastwagen und Autos
- Von den Ländern der Europäischen Gemeinschaft sind Gebühren im LKW-Fernverkehr zu erheben. Der Transport von Massengütern durch Europa auf der Straße ist widersinnig und volkswirtschaftlich wie ökologisch schädlich, zumal beklagt wird, daß die Güterverkehrskapazität der Bahn nur zu 50% ausgelastet ist.
- Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer und Erhöhung der Benzinsteuern bei Berücksichtigung der Nebenkosten des Straßenverkehrs entsprechend dem Verursacherprinzip
- Einführung einheitlicher Höchstgeschwindigkeitsverordnungen auf Autobahnen und Landstraßen
- Einführung strenger europäischer Normen für eine Verringerung des Treibstoffverbrauchs, Reduzierung des Lärmpegels und der Abgase, Reduzierung der Höchstgeschwindigkeitsauslegung beim Kraftfahrzeugbau
- Anregung eines europäischen autofreien Sonntags
- Ablehnung von Autorennen und Autorallyes wegen der Umweltbelastung und Energieverschwendung sowie unnötiger gesundheitlicher Risiken
- Förderung eines europäischen Fahrradwegenetzes
- Keine weiteren europäischen Kanalbau-Projekte, da die Binnenschifffahrt ihren Transport-Anteil kaum steigern kann, so daß die Kanalbauten Steuergelder verschleudern
- Verminderung des Flugverkehrs durch Zusammenfassung der internationalen Linien und Beschränkung des innereuropäischen Flugverkehrs auf Zubringerdienste; grundsätzlicher Stop der Großflughafenprojekte

7. ZIELE DER LANDWIRTSCHAFT

Wir fordern aus ökologischen und ökonomischen Gründen eine grundsätzliche Umorientierung und Rückbesinnung auf die natürlichen Grundlagen landwirtschaftlicher Produktion mit folgenden Zielen:

- Gesunde Ernährung der Bevölkerung
- Sicherstellung der Ernährung bei Versorgungskrisen
- Nachhaltigkeit der Landnutzung zur Erhaltung der Fruchtbarkeit des Bodens (Schutz der Natur vor Ausbeutung und Raubbau)
- Sicherung des Bauernstandes und Erhaltung der wichtigen qualifizierten Arbeitsplätze in diesem primären Produktionssektor
- Schutz der Tiere vor Quälerei, besonders durch die Massentierhaltung

Die von der EG geforderte quantitative, industrielle landwirtschaftliche Produktion muß wieder auf Qualität umgestellt werden. Dies geschieht durch schrittweise Umstellung auf eine ökologisch orientierte Produktionsweise. Dazu müssen wissenschaftlich fundierte ökologische Qualitätskriterien und Förderrichtlinien aufgestellt werden.

- Erzeuger und Verbraucher sind über die ökologische und gesundheitliche Wichtigkeit solcher Qualitätsprodukte aufzuklären. Das Angebot bio-

logischer Nahrungsmittel ist besonders zu fördern.

- Der Verwendung von Bioziden sind gesetzliche Grenzen zu setzen, deren Einhaltung durch strenge und umfassende Kontrollen zu gewährleisten sind. Die chemische Bekämpfung muß nach und nach durch die biologische Schädlingsbekämpfung abgelöst werden.
- Die Züchtung neuer stickstoffbindender und krankheitsresistenter Pflanzen ist voranzutreiben.
- Wir fordern eine direkte, produktionsunabhängige Einkommenszahlung mit entsprechendem Prämiensystem, soweit nach den Grundsätzen des ökologischen Landbaus gewirtschaftet wird. Damit wird die soziale Sicherheit der bäuerlichen Familien gefördert.

8. ENERGIE

Die weitere Fortsetzung einer Energiepolitik der ständigen Steigerung würde in wenigen Jahrzehnten zur Erschöpfung der Brennstoffreserven, zur Schädigung des Erdklimas sowie zur Vergiftung und Verstrahlung unserer Umwelt führen.

Viele internationale Studien zeigen, daß schon bei teilweiser Verwirklichung der Vorschläge zur Nutzung alternativer Energien und bei sparsamem Umgang mit Energie der Verbrauch stabilisiert und teilweise sogar um erhebliche Prozentsätze reduziert werden könnte, ohne daß der Lebensstandard Einbußen erleiden oder Arbeitsplätze gefährdet werden würden. Damit ist eine Fortführung des „Paktes mit dem Teufel“, nämlich mit dem Atom, überflüssig. Alternative Energiekonzepte anstelle der atomaren Gefährdung!

In der energiepolitischen Auseinandersetzung muß der „Internationale“ der Atomenergiebetreiber ein internationaler Widerstand entgegengesetzt werden; denn die Gefahren und die zu erwartenden Schäden überschreiten alle Grenzen.

Wir lehnen den Bau und den Betrieb von Atomkraftwerken auch aus folgenden Gründen ab:

- Atomenergie ist nicht sicher, da der Brennstoffkreislauf bisher nicht geschlossen werden konnte, der Betrieb der Atomanlagen zur schleichenden Strahlenverseuchung führt und das Katastrophenpotential großer Atomkraftwerke ein nicht vertretbares Risiko bleiben wird.
- Atomkraftwerke sind nicht wirtschaftlich, wenn alle Folgekosten in Rechnung gestellt werden.
- Die Plutoniumwirtschaft bedroht die Zukunft der Menschheit, da die produzierten radioaktiven Spaltprodukte für Jahrtausende erhalten bleiben und die Atommüllbeseitigung eine Hypothek für die nächsten 100 Generationen darstellt.
- Die Atomenergie bedroht die Demokratie und die menschlichen Grundrechte, da die hohen Sicherheitsvorkehrungen (Sabotageanfälligkeit) nur von einem totalitären Überwachungsstaat unter Kontrolle gehalten werden können. (Welch skandalöse Mängel bei der Kontrolle des Brennstoffkreislaufs und bei der Uranversorgung herrschen, zeigt die Entführung einer Schiffsladung von Uranoxyd aus Rotterdam nach Israel.)
- Der Verkauf von Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen an Brasilien, Südafrika und Pakistan unterläuft die internationalen Bemühungen, die Verbreitung von Atomwaffen einzudämmen
- Wir lehnen besonders die Schnellen Brüter in Kalkar am Niederrhein, in Creys-Malville sowie die geplanten Wiederaufbereitungsanlagen in Gorleben, La Hague und Windscale ab. Ein in diesen Anlagen prinzipiell nicht auszuschließender Großunfall käme einem Völkermord gleich.

Wir GRÜNEN schlagen stattdessen folgende konkrete Maßnahmen vor:

- Bessere Energienutzung durch gründliche Verbrennung fossiler Energieträger (Wirbelschicht-Kesselanlagen) und verstärkten Einsatz der Wärmekraftkoppelung und der Blockheizkraftwerke.
- Energieeinsparung durch Förderung besserer Wärmeisolation, Solarenergienutzung zur Warmwasserbereitung und Verwendung nicht so energieintensiver Werkstoffe sowie Erforschung und Anwendung energiesparender Verfahrenstechniken.
- Stop der Energieverschwendung durch Abbau der Tarifvergünstigungen für Energiegroßverbraucher; Einführung gezielter Energiesteuern und progressiver Energietarife zur Stabilisierung des Energieverbrauchs und zur Arbeitsplatzsicherung.
- Gründung einer europäischen Energieeinsparungs- und Versorgungsagentur zur Erarbeitung eines europäischen Gesamtenergiekonzepts.
- Keine Bereitstellung von Geldern für die Weiterentwicklung der Nukleartechnologie. Dagegen Förderung der Forschung, Entwicklung und Anwendung natürlicher Energiearten.
- Aufbau eines europäischen Energieverbundnetzes aus erneuerbaren Energiequellen

Nutzung natürlicher Energiequellen:

Erichtung von Sonnenenergieanlagen in Südeuropa und Nordafrika, Transport z. B. mittels Wasserstoff;

Wind-, Gezeiten- und Wellenenergienutzung in Küstenregionen sowie Nutzung geothermischer Energie

Wasserkraftnutzung und Energiespeicherung in Gebirgsregionen;

Förderung von Biogas- und Pyrolyse-Anlagen sowie der Strohverwertung.

UMWELT UND GESUNDHEIT

1. UMWELTSCHUTZ

Von den Umweltschäden sind vor allem die Luftverunreinigungen und die Gewässerverschmutzungen grenzüberschreitend. Die europäischen Flüsse sind zu Abwasserkanälen geworden, die sogar das ganze Mittelmeer, die Ostsee, die Nordsee und selbst die atlantischen Küsten gefährden.

Hier ist das gemeinsame europäische Vorgehen dringend nötig. Dieses wird immer noch von mächtigen wirtschaftlichen Interessen verhindert. Hier hilft nur die Aufklärung der europäischen Völker. Es muß zu einem völligen Umbruch unseres ökonomischen Zweckdenkens kommen. Wir müssen unser Streben, die Natur zu vergewaltigen und zu manipulieren, aufgeben, um zu überleben.

Die Kenntnis der Abhängigkeiten, des eingespielten Gleichgewichts und der Kreisläufe der Natur sowie aller Folgen der menschlichen Eingriffe ist die Voraussetzung einer ökologisch orientierten Politik.

Ökologische Politik wird nur erfolgreich sein, wenn die europäischen Menschen die Front wechseln: Sie dürfen nicht mehr die Avantgardisten des technisch-ökonomischen Fortschritts sein, sondern sie müssen die Schutzlinien der natürlichen Welt besetzen und verbissen verteidigen, wie das Bürgerinitiativen schon seit Jahren tun.

2. RAUMPLANUNG

Eine abgestimmte Raumplanung ist nicht nur für die Industrieansiedlungen vonnöten, sondern künftig auch zur Erhaltung großräumiger Reservate der Natur. Diese dienen nicht nur dem Menschen, sondern auch der Erhaltung

pflanzlicher und tierischer Arten, die sonst dem sicheren Untergang geweiht wären, dem der Mensch bald folgen würde.

Unsere Forderungen sind:

- Es darf keine Sondergenehmigung zur Aufhebung des Landschaftsschutzes geben
- Dem Luft- und Wasserhaushalt wie der Natur überhaupt durch Bauten entzogene Grün- und Waldflächen sind immer voll zu ersetzen.
- Feuchtgebiete als Lebensraum vieler Tierarten sind zu erhalten und anzulegen
- Natur- und Umweltschutzämter mit qualifiziertem Personal und angemessenen technischen Möglichkeiten müssen auf europäischer und regionaler Ebene beraten und kontrollieren.

Wasser

Nächst dem Boden wird der Wasserhaushalt die größte Aufmerksamkeit der Europäer erfordern. Die Grundwasservorräte können nicht die verunreinigten Flüsse ersetzen. Hier hilft nur die gründliche Klärung gebrauchten Wassers vor der Einleitung, auch durch die chemisch-physikalische Stufe. Viele Industriebetriebe werden ihr Wasser in eigenem Kreislauf wiederaufbereiten müssen.

- Das kostbare Trinkwasser wird nicht mehr zum Spülen der Toiletten, zum Waschen der Autos und für andere Zwecke vergeudet werden dürfen. Man wird getrennte Trinkwasser- und Brauchwassernetze installieren müssen.
- Flüsse und Meere müssen nicht nur des ökologischen Gleichgewichts wegen sauber gehalten werden, sie sind auch wichtige Nahrungsquellen.
- Betonierungen, Begradigungen und Vertiefungen von Flußbetten sind zu stoppen, um die biologische Selbstreinigungskraft und die Feuchtgebiete zu erhalten.
- Große Grundwassereinzugsgebiete sind nötig. Die Bodenoberflächen dürfen nicht durch Beton und Asphalt versiegelt werden.

Luft

Die Luft wird nur sauberer werden, wenn alle europäischen Nationen bei den Ursachen ansetzen.

- Die vorhandenen Schadstoffbelastungen der Atmosphäre durch industrielle Abgase, Autos, Überschallflugzeuge und Sprays müssen verringert werden. Neue Belastungen sind zu vermeiden.
- In der Industrie müssen alle schädlichen Gase weitgehend zurückgehalten werden.

Pflanzenwelt

- Unsere Wälder sollen nicht unter dem Gesichtspunkt kurzfristiger Holzproduktion angelegt werden. Ökologische Vielfalt (Mischwald) verbessert Boden, Klima, Erholungswert und dient dem Wasserhaushalt.
- Pflanzengifte dürfen nur unter Kontrolle der Naturschutzämter angewendet werden.
- Strengere Baumschutzbestimmungen auch in ländlichen Gebieten sind erforderlich
- Kleingehölze und Hecken müssen bei Flurbereinigungen und Bauplanungen erhalten bleiben oder an geeigneter Stelle neu angepflanzt werden.

Tierwelt

Viele Tierarten sind von der direkten und infolge der Industrialisierung auch indirekten Ausrottung bedroht.

Unsere Forderungen sind:

- Strenger Schutz der Singvögel und anderer bedrohter Arten vor jeder Art

von Jagd

- Verbot des Handels mit Pelzen von Tieren, die vom Aussterben bedroht sind
- Tierquälende Tierversuche dürfen nicht durchgeführt werden, ebenso wenig solche, für die keine Notwendigkeit nachgewiesen wird.
- Europäische Naturschutzbehörden müssen einen starken Einfluß erhalten. Qualifizierte Ökologen in den Naturschutzämtern sollten gemeinsam mit den Jagdverbänden die Artzusammensetzung eines Gebietes überwachen.

3. GESUNDHEIT

Im Mittelpunkt der Gesundheitspflege steht der ganze hilfsbedürftige Mensch. Krankheit ist nicht nur eine Störung chemischer und physikalischer Prozesse, sondern Krise eines ganzheitlichen Lebewesens. Darum gehören die sozialen, moralischen und psychologischen Hintergründe solcher Krisen in das Blickfeld einer ganzheitlichen Medizin.

Die ökologische Krise mit ihrer Vergiftung der Umwelt, der Nahrung und der Gebrauchsgegenstände des Menschen wie auch der Seele und Geist schädigende Streß machen die Erfolge der modernen Medizin zum großen Teil wieder zunichte.

Ärzte und Gesundheitseinrichtungen sind auch dazu da, Krankheiten zu verhüten, indem sie Umweltgifte und Suchtmittel sowie schädliche Lebensgewohnheiten auszuschalten versuchen. Die Werbung für Alkohol und Nikotin ist zu verbieten.

Die Menschen sind intensiv für die eigene Gesundheitsvorsorge zu motivieren.

Die Arzneimittel sollten streng auf schädliche Nebenwirkungen und Unverträglichkeiten untersucht werden. Ein Nutzen-Schadensvergleich sollte angestellt werden. Gegen unnötigen Arzneimittelkonsum ist Aufklärung erforderlich.

Im Gesundheitswesen muß die Freiheit des Arzt-Patienten-Verhältnisses, die freie Arztwahl wie die freie Wahl der Behandlungsmethoden gewährleistet sein.

Eine europäische Gesundheitskommission sollte die Koordination dieser Bemühungen überwachen.

DEMOKRATIE UND GRUNDRECHTE IN EUROPA

1. GRUND- UND MENSCHENRECHTE

Die Grund- und Menschenrechte sind in all ihren ökologischen, ökonomischen, kulturellen, politischen, religiösen und anderen Dimensionen unteilbar in Ost und West. Deshalb unterstützen wir Freiheits- und Menschenrechtsbewegungen sowie Bürgerinitiativen, die für die Verwirklichung der Menschenrechte eintreten.

Wir setzen uns für unversehrtes Leben, gesunde Nahrung, menschliche Arbeitsverhältnisse und unversehrten Lebensraum ein.

- Die Meinungsfreiheit und ein freies Versammlungs- und Demonstrationsrecht muß in allen Ländern und über die Grenzen weg gewährleistet sein.
- Totalitären Tendenzen in verschiedenen Staaten Europas ist durch intensive Aufklärung entgegenzuwirken, vor allem aber durch den Nachweis, daß unsere Probleme in Freiheit, demokratisch und gewaltfrei gelöst werden können.
- Minderheiten dürfen nicht durch Prozentklauseln ausgeschaltet werden.

- Die Ergebnisse der UNO-Menschenrechtskommission und der Gefangenenhilfsorganisation amnesty international müssen bei der Politik der europäischen Länder berücksichtigt werden.
- Die freie Berufswahl muß im europäischen Bereich gewährleistet sein. Die Beeinträchtigungen der Berufsausübung (Berufsverbot) aus politischen oder weltanschaulichen Gründen haben in einem freiheitlichen Europa keinen Platz.

2. DEMOKRATISIERUNG DER VERWALTUNG

Die Verwaltungen (Bürokratie), die sich vielfach noch aus den Obrigkeitsstaaten herleiten, stellen eine echte Gefahr für unsere Demokratie und die Menschenrechte dar. Sie unter demokratische Kontrolle zu bringen, ist deshalb um so wichtiger, je größer die verwalteten Räume sind, also besonders in der europäischen Verwaltung.

- Das Europaparlament muß deshalb, weil demokratisch legitimiert, der Verwaltung der EG in Brüssel übergeordnet werden, von dieser Rechenschaft verlangen und sie kontrollieren.
- Den Zentralisierungsbestrebungen gegenüber muß das Europa der Regionen mit Nachdruck vertreten werden.
- Alle Instanzen der Verwaltung sind zu größter Offenheit gegenüber Parlamenten und dem Bürger verpflichtet.
- Die Parlamente müssen über die Durchsichtigkeit der Verwaltung wachen und die gleiche Transparenz im eigenen Bereich verwirklichen.
- Die Gewaltenteilung als Prinzip des Rechtsstaates ist auf allen Ebenen zu erhalten oder wiederherzustellen.
- Die Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten darf nur mit dem Einverständnis der betroffenen Personen erfolgen.
- Die Verbotspraxis der Verwaltung muß abgebaut und durch weitgehende Information, Selbstbeteiligung und Selbstkontrolle des Bürgers ersetzt werden.
- Das Klagerecht gegen die Verwaltungen muß für Bürger und Verbände – auch über die staatlichen Grenzen hinweg – möglich sein.
- Bürgerinitiativen und Verbände mit ausreichender Bürgerbeteiligung müssen das Recht haben, in ihrem Bereich von Verwaltungen und Parlamenten gehört zu werden und Informationen zu erhalten.
- Die Verfilzung zwischen Parlamenten, Bürokratien und der Wirtschaft durch Aufsichtsratssitze, Beraterverträge und dergleichen ist zu verbieten und unter Strafe zu stellen.

3. DIE RECHTE VON MINDERHEITEN

Die Rechte von Minderheiten und der Menschen am Rande der Gesellschaft gehören auch zu den Grundrechten, die das neue Europa verwirklichen muß, um jedem seinen Weg zum Glück offen zu halten.

Wir fordern deshalb:

- Die Integration der Alten, Kinder und Behinderten in unserer Gesellschaft statt der Abschiebung in Heime = Gettos. Durch Bildung und Erhaltung kleinster Selbstverwaltungsräume lassen sie sich eingliedern, indem sie an den Entscheidungen und bei der Gestaltung ihrer Umwelt beteiligt werden.
- Vorurteile und fixierte Gesetze gegen Menschen mit anderen Verhaltensweisen müssen abgebaut und eine Kriminalisierung beseitigt werden.
- Jeder Bürger der EG-Staaten muß in dem Land, in dem er seinen Hauptwohnsitz hat, volle politische Rechte haben.
- Das Recht auf Selbstverwirklichung nationaler Minderheiten muß eine

Selbstverständlichkeit werden. In einem Europa der Regionen können z. B. Bretonen, Basken, Korsen und Südtiroler ihre Selbstverwaltung und Eigenart erhalten, ohne daß die Zusammenarbeit aller dadurch gestört würde.

- Vorbeugende Verbrechensbekämpfung mit dem Schwergewicht auf verstärkter Erforschung der Ursachen der Kriminalität ist notwendig.
- Sozialpädagogen und Psychologen sind zur Verhinderung von Fehlentwicklungen in Schule und Elternhaus verstärkt einzusetzen. Der Strafvollzug muß unter dem Gesichtspunkt der Wiedereingliederung (Resozialisierung) in die Gesellschaft stehen. Der Erfolg solcher Maßnahmen rechtfertigt jeden Aufwand!

4. FRAUEN IN EUROPA

Das neue Europa muß von den Frauen gleichberechtigt mitgestaltet werden. Das entspricht unserer Vorstellung von Gleichberechtigung und Demokratie.

- Das bedeutet, daß den Frauen auf allen Ebenen die aktive Beteiligung an den Entscheidungen ermöglicht werden muß.
- Die Strukturen und Verfahrenstechniken der Entscheidungsgremien in unserer Gesellschaft müssen so gestaltet werden, daß den Frauen, besonders den Frauen mit Kindern, die Mitarbeit möglich wird.
- Auch hier sind kleine, überschaubare Selbstverwaltungsräume die Voraussetzung für die politische Mitwirkung der Frauen.
- Gleiche Erziehungs- und Ausbildungsmöglichkeiten müssen den Frauen in allen Berufen angeboten werden.
- Die Förderung von Teilzeitbeschäftigung von Mann und Frau bedeutet Entlastung für die Eltern und Zeit und Kraft für Erziehung, Politik und Kultur.
- Durch soziale Absicherung der Teilzeitbeschäftigung (Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung) ist die Benachteiligung und das soziale Risiko auszugleichen.
- Gleicher Lohn und gleiche Aufstiegschancen sind in diesem Zusammenhang eine Selbstverständlichkeit.
- Leichtlohngruppen, die ein Ersatz für Frauenlohngruppen geworden sind, müssen beseitigt werden.

5. KINDER UND JUGEND IN EUROPA

Unsere heutige Gesellschaft nimmt der Jugend mehr und mehr die Hoffnung auf Zukunft. Die Folge ist die Zunahme von Kriminalität und Gewalt, von Alkohol- und Drogenmißbrauch oder die Resignation.

Dieses Programm ist der Versuch, vor allem der Jugend eine neue Perspektive zu bieten. Die Arbeit für ein neues Europa muß so gestaltet werden, daß die Jugend wieder Ziele und Werte findet, für die sie leben und sich einsetzen kann.

Dazu gehört über das bereits Gesagte hinaus:

- Die Förderung einer Jugendbewegung für ein neues Europa
- Die Förderung des Verständnisses untereinander durch verstärkten Kinder- und Jugendaustausch und internationale Jugendtreffen
- Die Förderung aller kulturellen, sportlichen und freizeitleichen Aktivitäten, wobei an die Stelle geschäftsbetonten Konkurrenzdenkens wieder ideale Werte in den Vordergrund treten sollen.
- Die Integration von Kindern ausländischer Arbeitnehmer unter Anerkennung ihrer kulturellen Eigenheiten.

6. BILDUNG UND FORSCHUNG

Wir gehen vom Recht auf Selbstverwirklichung eines jeden Menschen

durch Bildung auch auf europäischer Ebene aus. Die einseitige Ausrichtung der Schulbildung und der Studiengänge auf industrielle Tätigkeiten, die den angepaßten Bürger und Technokraten hervorbringt, muß wieder um die Bereiche ergänzt werden, die für die Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit unerlässlich sind. Dazu gehört neben den geistigen, moralischen und sozialen Komponenten auch die Entwicklung der praktischen und körperlichen Fähigkeiten, die jeder auf Kreativität angelegte Mensch zur Lebensbewältigung braucht.

Die vorrangigen Ziele der grenzüberschreitenden Bildungspolitik sind die Erziehung zum sozialen, ökologisch bewußten und demokratischen Handeln, zu Solidarität und Toleranz gegenüber Mitmenschen und anderen Völkern.

Diesen Zielen dienen folgende Maßnahmen:

- Erhaltung und Erweiterung der Möglichkeiten zu einer vielseitigen Bildung und beruflichen Ausbildung für alle Menschen ohne Rücksicht auf Herkunft, Geschlecht und Lebensalter
- Abbau von Mammutschulen und Mammutuniversitäten, die eine Erziehung im dargelegten Sinne erschweren
- Anerkennung der Abschlüsse allgemeinbildender und beruflicher Schulen in allen EG-Ländern
- Öffnung der verschiedenen Ausbildungseinrichtungen für das Überwechseln von einem Bildungsweg zum anderen
- Ausbau der Erwachsenenbildung bis zu anerkannten Abschlüssen
- Freier Zugang zu den Universitäten der EG-Länder für jeden Studierenden
- Aufhebung der Regelstudienzeiten
- Abbau der Zulassungsbeschränkungen
- Neubestimmung der Förderungsrichtlinien mit dem Ziel der Angleichung innerhalb der EG
- Allgemeinpolitisches Mandat der Studentenschaft in allen EG-Ländern
- Freiheit von Forschung und Lehre im Rahmen der Verantwortung für Gesellschaft und Leben

7. INFORMATIONS- UND MEDIENPOLITIK IN EUROPA

Eine Grundvoraussetzung für richtige Entscheidungen in der Demokratie ist eine vielseitige, umfassende und objektive Information. Da aber absolut objektive Information durch einen Informanten nie gewährleistet werden kann, ist auch hier auf Vielfalt und Dezentralisierung zu achten.

- Die weitere Zentralisierung von Presse, Rundfunk und Fernsehen ist zu verhindern.
- Regionale Zeitungen und regionale Sendungen sind zu stützen.
- Um die Unabhängigkeit der Medien von den Inserenten zu gewährleisten, ist die Eigenständigkeit der Redaktion durch Redaktionsstatuten anzustreben.
- Politisch relevante Minderheiten, Verbände und Bürgerinitiativen, die ein Interesse der Bevölkerung durch eine entsprechende Anzahl von Unterschriften nachweisen können, müssen angemessene Darstellungsmöglichkeiten in den öffentlichen Medien erhalten.
- Im europäischen Raum geht es darum, über die Grenzen hinweg regional zusammenhängende Bereiche mit Informationen in beiden Sprachen zu versorgen (zweisprachige Zeitungen und Sendungen im lokalen Rundfunk und Fernsehen).
- Das mehrsprachige Erscheinen großer Zeitungen ist zu probieren.
- Die umfassende Information der Medien durch Parlamente und Behörden

- Jede Art von Zensur der Meldungen und der Medien ist zu verhindern.
- Parteienherrschaft und Proporzsystem bei Rundfunk und Fernsehen führen zu Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Öffentliche Wahl der Rundfunkräte bei Garantie der politischen Ungebundenheit der Räte erscheint ein Ausweg.

FÜR EIN GEWALTFREIES, FRIEDLICHES EUROPA

Ökologische Politik ist gewaltfreie Politik. Das gilt nicht nur innenpolitisch, sondern genauso im Verhältnis der Völker zueinander. Das Recht muß an die Stelle der Gewalt treten, wenn die Menschheit überleben will. Diese Forderung müssen insbesondere die Europäer und die Deutschen erheben, da jeder sogenannte Ernstfall ihren Untergang bedeuten würde. Für uns Europäer bedeutet „Abschreckung“ auch die Drohung mit der atomaren Selbstvernichtung.

Gewaltfreiheit bedeutet nicht Kapitulation, sondern Sicherung des Friedens und des Lebens mit politischen statt mit militärischen Mitteln.

Die Bildung der Europäischen Gemeinschaften erfolgte ursprünglich nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Einsicht, daß die europäischen Völker nie wieder gegeneinander Krieg führen sollten. Die EG ist nach Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ein zivil-ökonomisches Bündnis geblieben. Heute kommt es darauf an, dafür zu kämpfen, daß der Charakter der EG als Zivilmacht erhalten bleibt.

Der Frieden muß zum Leitwert aller europäischen Politik werden. Dies ist einer der wichtigsten Gründe, weshalb wir uns an der Europawahl beteiligen. Eine eigenständige integrierte westeuropäische Militärmacht, wie sie von einigen Politikern seit Jahren verstärkt gefordert wird, würde einen weiteren Rüstungsherd schaffen und die internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen nachhaltig stören.

Der Ausbau der EG zu einer am Leitwert Frieden ausgerichteten Zivilmacht muß mit der allmählichen Überwindung der aus der Zeit des kalten Krieges stammenden Militärblöcke einhergehen. Damit wird die Grundlage geschaffen, um die Teilung Europas und damit auch die deutsche Spaltung zu überwinden.

Als erste notwendige Schritte auf dieses Ziel hin schlagen wir vor:

- Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Friedensstrategie mit dem Ziel, alle festgefahrenen Abrüstungsverhandlungen in Wien (MBFR) und in Genf (UN) durch konkrete und durchführbare Vorschläge zu Ergebnissen zu bringen. Dazu gehören erste kalkulierte Schritte der Bundesrepublik Deutschland, wie Verzicht auf die Einführung neuer Waffensysteme.
- Verhinderung einer westeuropäischen Atomstreitmacht und eines eigenständigen westeuropäischen Rüstungsblocks.
- Verhandlungen zur Errichtung waffenfreier Zonen in Ost- und Westeuropa.
- Weitergehendes Verbot der Lagerung und Produktion atomarer, chemischer und bakteriologischer Waffen in einer breiten ABC-Waffenfreien Zone Mitteleuropas, insbesondere auf deutschem Boden.
- Verbot des Waffenhandels und der Ausfuhr atomarer Technologien und Anlagen, da atomare Kreisläufe und Atombombenbau nicht voneinander zu trennen sind.

- Überprüfung aller wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen der EG daraufhin, ob sie irgendwo in der Welt Konflikte verschärfen oder abbauen helfen.

Zur Entwicklung einer umfassenden Friedens- und Abrüstungsplanung ist ein eigener Parlamentsausschuß für die friedliche Sicherung Europas und für Abrüstung zu schaffen.

Folgende ergänzende Maßnahmen zu einer Abrüstungsstrategie halten wir für zwingend notwendig:

- Anstelle des Wettrüstens und des Marsches der Industriegesellschaft in Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise Aufbau und Erziehung zur sozialen Verteidigungsfähigkeit der Bevölkerung. Dies setzt eine soziale Neuordnung der Gesellschaft voraus, insbesondere eine gezielte Politik gegen Massenarbeitslosigkeit und gegen gesundheitsschädigende Produktionsweisen.
- Erziehungs- und Werbeprogramme zum gewaltfreien Handeln
- Europäisches Recht auf Kriegsdienstverweigerung und gleichberechtigte Behandlung von Zivil- und Kriegsdienstleistenden. Kriegsdienstverweigerern aus Staaten, die dieses Menschenrecht nicht anerkennen, ist in der Europäischen Gesellschaft politisches Asyl zu gewähren.
- Abbau der wirtschaftlichen Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der dritten Welt. Es kann keine realistische Hoffnung auf eine Weltfriedensstabilität geben, solange es keine Hoffnung für die Armen der Welt gibt.

Wir, DIE GRÜNEN, stellen fest: Nur eine ökologische Politik im Sinne dieses Programms kann die Kriegsgefahr beseitigen, die aus dem Kampf um die knapper werdenden Rohstoffe der Welt zwangsläufig entsteht. Deshalb ist ökologische Politik ihrem Wesen nach Friedenspolitik!



Gedruckt auf Umweltschutz-Papier

Kontaktadresse: Bundesbüro der Grünen, Friedrich-Ebert-Allee 120, 5300 Bonn
Spendenkonto: Sparkasse Bonn, BLZ 38050000, Kto.-Nr.: 19 001 262

Gestaltung: Grafik Werkstatt Bielefeld, Gräfinhagener Str. 87, 4800 Bielefeld 18
Druck: Werbedruck Poppe, 4830 Gütersloh, Telefon 0 52 41 / 1 20 35



Die Grünen sind ein Zusammenschluß von:
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)
Grüne Aktion Zukunft (GAZ)
Grüne Liste Umweltschutz (GLU)
Grüne Liste Schleswig-Holstein (GLSH)
Aktion 3. Weg (A3W)
Freie Internationale Universität (FIU)
und Bürgerinitiativen